

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am **16. Juni 2026** folgenden

Antrag

Den 5. Bezirk bitte nicht vergessen, Frau Emmerling!

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, sicherzustellen, dass im 5. Wiener Gemeindebezirk (Margareten) künftig sowohl ein Sommerangebot als auch Sprachförderangebote für Kinder und Jugendliche im Pflichtschulalter bereitgestellt werden. Insbesondere soll geprüft werden, wie ein wohnortnahes SummerCityCamp-Angebot sowie niederschwellige Sprachkurse zur Vorbereitung auf den Schuleinstieg etabliert werden können.

Begründung

Margareten ist ein lebendiger, dicht besiedelter Bezirk mit einem hohen Anteil an Familien mit Kindern im Pflichtschulalter. Außerdem wohnen hier viele Kinder mit nicht deutscher Erstsprache, welche speziell Unterstützung benötigen beim Schuleinstieg. Gerade in einkommensschwächeren und dicht besiedelten Bezirken ist ein wohnortnahes Freizeit- und Bildungsangebot während der Sommerferien von besonderer sozialer Bedeutung.

Fehlende Sommerferienbetreuung im 5. Bezirk

Die Stadt Wien bietet mit den Summer City Camps ein bewährtes, kostengünstiges Ferienbetreuungsangebot für Wiener Schulkinder im Alter von 6 bis 12 Jahren an. Im Sommer 2026 stehen dabei rund 33.000 Plätze an 34 Standorten in ganz Wien zur Verfügung. Der 5. Bezirk ist unter diesen Standorten jedoch nicht vertreten. Für Familien in Margareten bedeutet das: Sie müssen ihre Kinder, wenn es überhaupt möglich ist, in weit entfernte Bezirke schicken, was den Zugang zu diesem wichtigen Angebot erheblich erschwert. Ein wohnortnahes Betreuungsangebot wäre sowohl für Kinder als auch für berufstätige Eltern ein wesentlicher Gewinn.

Keine Sprachförderung für Schulneulinge im 5. Bezirk

Ab 2026 gelten neue gesetzliche Regelungen: Außerordentliche Schüler:innen sind verpflichtet, in den Sommerferien die Sommerschule für zwei Wochen zu besuchen. Darüber hinaus bietet Interface Wien im Auftrag der Stadt Wien kostenlose Sommerdeutschkurse an. Es handelt sich dabei um ein zweiwöchiges Förderangebot für Kinder, die im Herbst 2026 als außerordentliche Schüler:innen in die erste Klasse der Volksschule eintreten. Die Kurse helfen Kindern, ihre Deutschkenntnisse spielerisch zu verbessern und gut vorbereitet in die Schule zu starten.

Die für 2026 ausgewiesenen Kursstandorte befinden sich in den Bezirken 10, 16, 20 und 22. Der 5. Bezirk fehlt völlig. Dabei ist Margareten der Wiener Bezirk mit dem höchsten Anteil an Kindern mit Deutschförderbedarf überhaupt: Laut aktuellen Zahlen zum Schuljahr 2025/26 benötigen 76,6% der Schulanfänger:innen im 5. Bezirk außerordentliche Unterstützung beim Erlernen der Sprache. Hier gab es einen Zuwachs von 18,6% seit dem Schuljahr 2020/21. Der Trend zeigt hier also deutlich nach oben. Das heißt: Gerade Margareten braucht dringend mehr und nicht weniger Sprachförderangebote.

Lange Anfahrtswege stellen für diese Familien eine erhebliche Hürde dar und führen dazu, dass Kinder, die diese Angebote am dringendsten bräuchten, sie gar nicht erst in Anspruch nehmen können.

Chancengerechtigkeit erfordert bezirksweite Versorgung

Bildungschancen dürfen nicht vom Wohnort abhängen. Wenn ein Bezirk weder im Ferienbetreuungsangebot noch bei den Sprachkursen berücksichtigt wird, entsteht eine strukturelle Benachteiligung gegenüber anderen Wiener Bezirken.

Die Grünen Margareten fordern daher, dass die zuständige Vizebürgermeisterin Emmerling, deren Ressort für Bildung und Jugend zuständig ist, sicherstellt, dass Margareten künftig in beide Angebote einbezogen wird.



BRin Elena Jaklitsch



BRin Julia Fritz

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am **16. Juni 2026** folgenden

Antrag

Hitzebelastung in U-Bahn-Stationen vermindern

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht bei den U4 Stationen Margaretengürtel (Ausgang Bruno-Kreisky-Park) und Kettenbrückengasse (Ausgang Falco-Stiege) Adaptierungen, wie z.B. Fenster zum Lüften, vorzunehmen, um den Hitzestau in den Stationsgebäuden zu reduzieren und dadurch die Aufenthaltsqualität zu steigern. Zusätzlich wird um die Nachrüstung einer PV-Anlage ersucht, die gleichzeitig sowohl zur Beschattung dient als auch zur Stromproduktion durch erneuerbare Energien beiträgt.

Begründung

Die U4-Stationen Margaretengürtel (Ausgang Bruno-Kreisky-Park) und Kettenbrückengasse (Ausgang Falco-Stiege) heizen sich aufgrund ihrer großflächigen Verglasung an Sommertagen stark auf. In den geschlossenen Stationsgebäuden entsteht ein erheblicher Hitzestau, der sowohl für Fahrgäste als auch für das Personal belastend ist. Durch offenbare Fenster oder Lüftungsöffnungen könnte die aufgestaute warme Luft abgeführt und das Raumklima verbessert werden. In Kombination mit einer wirksamen Beschattung ließe sich die Innenraumtemperatur spürbar senken.

Zusätzlich soll die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Stationsgebäuden geprüft werden. Vertikal an den Fassaden angebrachte Module könnten dabei nicht nur erneuerbaren Strom erzeugen, sondern auch als Verschattungselemente wirken und die Aufheizung der Gebäude reduzieren. Vergleichbare Projekte wurden von den Wiener Linien und Wien Energie bereits an mehreren U-Bahn-Stationen erfolgreich umgesetzt.

Darüber hinaus sollen entsprechende Maßnahmen bereits für die derzeit im Bau befindliche U-Bahn-Station Pilgramgasse mitgedacht werden, um diese von Beginn an klimafit und zukunftsorientiert zu gestalten.



BR Herbert Panek



BRin Julia Fritz

Die unterzeichneten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Margareten stellen gemäß § 104 WStV bzw. § 24 GO der Bezirksvertretungen für die Bezirksvertretungssitzung am **16.Juni 2026** folgenden

Antrag

Sanierungsbedarf Gemeindebau

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, welche Gemeindebauten im 5. Wiener Gemeindebezirk (Margareten) aufgrund der zunehmenden Hitzebelastung vorrangig einer Sanierung und Anpassung an aktuelle Anforderungen bedürfen.

Dabei soll insbesondere erhoben werden, in welchen Wohnhausanlagen Maßnahmen zur Modernisierung sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz und der technischen Ausstattung dringend erforderlich sind, um das Wohnen auch in den Sommermonaten erträglich zu gestalten und gesundheitliche Risiken für die Bewohner:innen zu minimieren.

Begründung

Margareten zählt zu den am stärksten von Hitze betroffenen Bezirken Wiens. Die zunehmende Zahl an Hitzetagen und Tropennächten stellt insbesondere für Bewohner:innen dicht verbauter Grätzl eine wachsende Belastung dar. Gerade ältere Gemeindebauten entsprechen oft nicht mehr den heutigen Anforderungen an Hitzeschutz, Energieeffizienz und Wohnkomfort. Fehlende Beschattung, unzureichende Dämmung oder veraltete technische Ausstattung können dazu führen, dass sich Wohnungen in den Sommermonaten stark aufheizen und das Wohnen erheblich beeinträchtigt wird.

Eine gezielte Analyse des Sanierungsbedarfs in den Gemeindebauten Margaretens ist daher ein wichtiger Schritt, um bestehende Defizite sichtbar zu machen und Prioritäten für zukünftige Investitionen festzulegen. Durch Sanierungsmaßnahmen können nicht nur Energieverbrauch und Betriebskosten gesenkt, sondern auch die Lebensqualität der Bewohner:innen nachhaltig verbessert werden.



BR **Herbert Panek**



BRin **Julia Fritz**

Low Traffic Grätzl für Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS, der Grünen Margareten, SPÖ Margareten und KPÖ/Links stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, das Potential für ein sogenanntes „Low Traffic Grätzl“ für Margareten in unten genannten Gebieten zu prüfen. Bei Eignung der Gebiete, sollen Ausgestaltungsmöglichkeiten eines solchen Grätzls in der der Kommission für Bürger*innenbeteiligung, Mobilität, Bezirks- und Standortentwicklung präsentiert werden. Folgende Gebiete sollen Seitens des Magistrats überprüft werden:

- Stolberggasse – Zentagasse – Wiedner Hauptstraße – Spengergasse
- Brandmayergasse – Johannagasse – Siebenbrunnengasse – Obere Amtshausgasse
- Bräuhausgasse – Am Hundsturm – Gießaufgasse – Reinprechtsdorfer Straße

Begründung

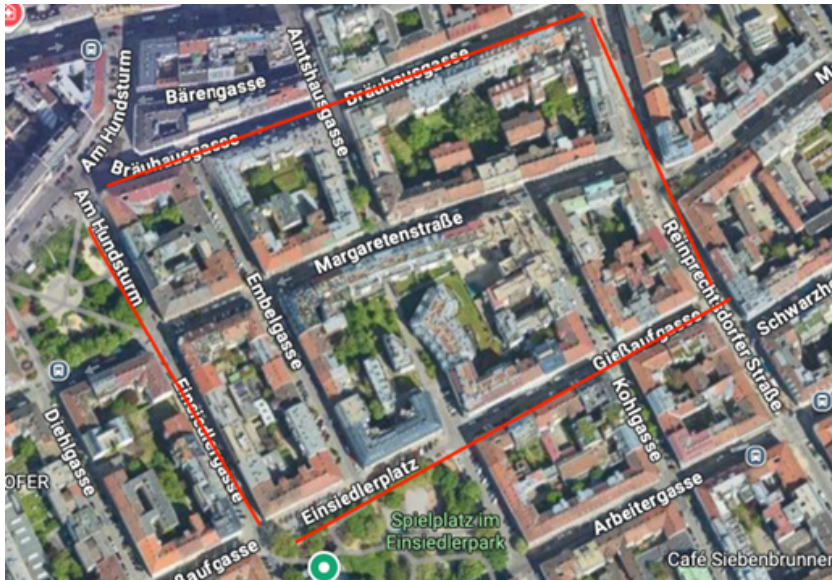
Margareten gehört zu den am dichtesten besiedelten Bezirken Wiens und ist stark vom motorisierten Individualverkehr belastet. Viele Straßen dienen nicht nur dem lokalen Verkehr, sondern auch als Durchzugsrouten.

Dies führt zu einer erhöhten Lärm- und Schadstoffbelastung, eingeschränkter Verkehrssicherheit sowie einer geringeren Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Internationale Beispiele zeigen, dass sogenannte „Low-Traffic-Neighbourhoods“ bzw. „Low-Traffic-Grätzl“ wirksam zur Verkehrsberuhigung, zur Förderung aktiver Mobilität und zur Verbesserung des Mikroklimas beitragen können. Dass die Stadt Wien solche Gebiete nun fördert, ist ein zusätzlicher Anreiz, um mit minimalen Maßnahmen maximale Wirkung für die Margaretnr:innen zu erzielen.

Auch im Hinblick auf Klimaanpassung, Verkehrssicherheit und Lebensqualität erscheint ein entsprechendes Pilotprojekt in Margareten sinnvoll und zeitgemäß.

Anhang





BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

BRⁱⁿ Julia Fritz
Für den Grünen Klub

BRⁱⁿ Claudia Krieglsteiner
Für den KPÖ/Links Klub

BR Klaus Mayer
Für den SPÖ Klub

Regenbogensteg als Zeichen für Vielfalt in Wien

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS und der Grünen Alternative Margareten stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, die Benennung des derzeit noch namenlosen und umgangssprachlich als Wiental-Steg bezeichneten Stegs über das Wiental offiziell als Regenbogensteg zu prüfen und umzusetzen.

Begründung

Der Steg verbindet die Bezirke Margareten und Mariahilf – zwei Bezirke, die seit Jahrzehnten zentrale Orte der Wiener LGBTIQ-Community sind. Zahlreiche Initiativen, Beratungsstellen und Treffpunkte haben sich hier entwickelt und prägen bis heute das queere Leben in Wien.

Diese räumliche Verbindung steht damit auch symbolisch für die gewachsene Infrastruktur, Sichtbarkeit und gesellschaftliche Verankerung der Community in diesen beiden Bezirken. Bereits in der Vergangenheit wurde mehrfach angeregt, diese besondere Rolle durch eine entsprechende Benennung des Stegs sichtbar zu machen.

Der Regenbogen ist ein international anerkanntes Symbol für Vielfalt, Akzeptanz und Gleichberechtigung. Gerade im Juni, dem Pride-Monat, wird diese Symbolik weltweit sichtbar gelebt und gefeiert. Eine Benennung als „Regenbogensteg“ würde daher ein klares, positives Signal für Offenheit und Zusammenhalt setzen.

Gleichzeitig stellt die vorgeschlagene Bezeichnung einen sachlichen und pragmatischen Zugang dar, der einen breiten Konsens ermöglicht und einen gangbaren Weg für alle Fraktionen bietet. Insbesondere im bezirksübergreifenden Kontext zwischen Margareten und Mariahilf kann damit eine gemeinsame, tragfähige Lösung gefunden werden.

Die vorgeschlagene Bezeichnung greift sowohl die historische Bedeutung der beiden Bezirke für die LGBTIQ-Community als auch die gesellschaftliche Entwicklung hin zu mehr Gleichberechtigung auf und macht diese im öffentlichen Raum sichtbar.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

BRⁱⁿ Julia Fritz
Für den Grünen Klub

Resolution für Vielfalt, Sichtbarkeit und Gleichberechtigung in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten bekennt sich als Menschenrechtsbezirk ausdrücklich zu Vielfalt, Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Teilhabe aller Menschen im Bezirk. Im Pride Month verstärkt sie in diesem Resolutionsantrag, dass die Sichtbarkeit und Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans-, intergeschlechtlichen, queeren und asexuellen Menschen (LGBTIQ+) weiterhin aktiv zu fördern ist und Maßnahmen zu unterstützen sind, die Diskriminierung entgegenwirken und das respektvolle Zusammenleben stärken.

Die Bezirksvertretung Margareten bekennt sich darüber hinaus dazu, die Anliegen weiterer diskriminierter und marginalisierter Gruppen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten besonders zu berücksichtigen. Dabei sollen intersektionale Diskriminierungserfahrungen in den Fokus rücken, um die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zu stärken.

Margareten soll auch in Zukunft ein lebenswerter, offener, solidarischer und diskriminierungsfreier Bezirk für alle Menschen bleiben.

Begründung

Margareten hat sich in den vergangenen Legislaturperioden bewusst als Menschenrechtsbezirk positioniert und damit ein klares Bekenntnis zu Würde, Gleichberechtigung, Vielfalt und gesellschaftlicher Teilhabe abgelegt.

Dieses Selbstverständnis prägt den Bezirk bis heute und bildet die Grundlage für ein respektvolles Zusammenleben aller Menschen.

Dieses Bekenntnis wurde in Margareten immer wieder durch konkrete Initiativen sichtbar gemacht. So unterstützte die Bezirksvertretung die Errichtung von Regenbogen-Zebrastreifen als öffentliches Zeichen für Akzeptanz und Vielfalt. Sie setzte sich für die Sichtbarmachung bedeutender Persönlichkeiten der Frauen-, Lesben- und LGBTIQ+-Bewegung ein, etwa durch die Initiative zur Benennung eines Platzes nach der Aktivistin Helga Pankratz. Darüber hinaus sprach sich die Bezirksvertretung für die Ansiedlung eines queeren Kulturzentrums sowie eines kulturellen Ankerzentrums für queere Geschichte und Kunst in Margareten aus.

Diese Maßnahmen stehen beispielhaft für das Selbstverständnis Margareten als offener und vielfältiger Bezirk. Sie zeigen, dass Sichtbarkeit, Anerkennung und gesellschaftliche Teilhabe aktiv gefördert werden müssen.

Gerade in einer Zeit, in der queerfeindliche Übergriffe und Diskriminierungserfahrungen wieder zunehmen und gesellschaftliche Errungenschaften zunehmend infrage gestellt werden, ist ein klares politisches Bekenntnis wichtiger denn je.

Die Bezirksvertretung ist sich dabei bewusst, dass Menschen oftmals mehrfach von Benachteiligungen betroffen sein können. Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Herkunft, Behinderung, Alter, Religion oder sozialem Status überschneiden sich häufig und verstärken einander. Ein modernes Verständnis von



Gleichstellung und Teilhabe muss diese intersektionalen Realitäten berücksichtigen.

Margareten soll daher auch in Zukunft ein lebenswerter, offener und diskriminierungsfreier Bezirk bleiben, in dem Vielfalt sichtbar ist und alle Menschen unabhängig von ihrer Identität respektiert werden.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Claudia Hofstadler

Kommunikationstafel für Margareten – Teilnahme an einem stadtweiten Ausbau des Pilotprojekts

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Margareten ersucht den Herrn Bezirksvorsteher, sich für eine Teilnahme Margareten beim Ausbau des derzeit laufenden Pilotprojekts für öffentliche Kommunikationstafeln mit leicht verständlichen Piktogrammen einzusetzen und sich dafür einzusetzen, dass nach Vorliegen entsprechender Erfahrungen beziehungsweise einer Evaluierung des Pilotprojekts Standorte in Margareten geprüft werden. Dabei soll insbesondere die Errichtung einer Kommunikationstafel im Ernst-Lichtblau-Park und in weiterer Folge an einem anderen geeigneten Standort im Umfeld von Bildungseinrichtungen und stark frequentierten Aufenthaltsflächen für Kinder und Jugendliche berücksichtigt werden.

Begründung

Im Ordelpark in Wien-Penzing wurde kürzlich die erste öffentliche Kommunikationstafel Wiens errichtet. Ziel des Pilotprojekts ist es, die Kommunikation von Menschen mit eingeschränkter Lautsprache sowie die Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher sprachlicher Hintergründe zu unterstützen.

Kommunikationstafeln ermöglichen es, mittels leicht verständlicher Piktogramme Wünsche, Bedürfnisse, Gefühle und Handlungen auszudrücken. Sie leisten damit einen Beitrag zu Barrierefreiheit, Inklusion und sozialer Teilhabe im öffentlichen Raum.

Da das Pilotprojekt erst kürzlich gestartet wurde, liegen derzeit noch keine umfassenden Erfahrungswerte vor. Unabhängig davon erscheint es sinnvoll, bereits frühzeitig das Interesse Margareten an einer möglichen Ausweitung des Projekts zu bekunden.

Mit der inklusiven Schule in der Diehlgasse, zahlreichen Familien sowie stark frequentierten Grün- und Aufenthaltsräumen verfügt Margareten über gute Voraussetzungen für einen zukünftigen Standort. Insbesondere der Ernst-Lichtblau-Park könnte aufgrund seiner Nutzung durch Kinder und Familien einen geeigneten Ort für eine solche Maßnahme darstellen.

Die Bezirksvertretung spricht sich daher dafür aus, die weiteren Entwicklungen des Pilotprojekts aufmerksam zu verfolgen und Margareten bei einer möglichen Erweiterung frühzeitig zu berücksichtigen.

Anhang



Allergiker:innenfreundliche Baumarten für Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der zuständige amtsführende Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky sowie die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA 42 Wiener Stadtgärten werden ersucht, bei zukünftigen Baumneupflanzungen und Ersatzpflanzungen im Bezirk Margareten verstärkt allergologische Kriterien zu berücksichtigen und nach Möglichkeit allergenarme beziehungsweise pollenarme Baumarten zu bevorzugen.

Begründung

Bäume sind ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlichen Raums und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, zur Kühlung dicht bebauter Stadtgebiete sowie zur Verbesserung der Lebensqualität. Gleichzeitig leiden immer mehr Menschen unter Pollenallergien und den damit verbundenen gesundheitlichen Einschränkungen.

Gerade in dicht besiedelten Bezirken wie Margareten verbringen viele Menschen ihre Freizeit in den bereits geschaffenen öffentlichen Grünräumen oder bewegen sich täglich entlang stark frequentierter Straßenräume. Die Auswahl geeigneter Baumarten kann daher einen Beitrag dazu leisten, die Belastung durch stark allergene Pollen zu reduzieren, ohne dabei auf die zahlreichen positiven Wirkungen von Stadtbäumen verzichten zu müssen.

Internationale Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass die Wahl der Baumarten einen relevanten Einfluss auf die lokale Pollenbelastung haben kann. Fachinstitutionen empfehlen daher, bei Neupflanzungen neben Klimatauglichkeit, Biodiversität und Standortverträglichkeit auch gesundheitliche Aspekte verstärkt zu berücksichtigen.

Mit der verstärkten Berücksichtigung allergenärmerer Baumarten bei zukünftigen Pflanzungen kann Margareten einen Beitrag zu einem gesünderen und lebenswerteren öffentlichen Raum leisten und gleichzeitig die Herausforderungen des Klimawandels und der urbanen Begrünung verantwortungsvoll miteinander verbinden.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BRin Mag.^a Claudia Hofstadler

Errichtung eines Taubenschlages im Amtshaus Margareten - *Theodor-Körner-Hof*

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die Magistratsabteilung 49 Forst- und Landwirtschaftsbetrieb / Wildtierservice Wien sowie die Magistratsabteilung 34 – Bau- und Gebäudemanagement werden ersucht, einen Taubenschlag ~~im Amtshaus der Stadt Wien in der Schönbrunner Straße 54~~ *Theodor-Körner-Hof* zu errichten.

Begründung

Im Bereich Mittelmargareten ist in letzter Zeit vermehrt eine Taubenplage zu beobachten. Die von der Felsentaube (*Columbia livia*) abstammende Stadttaube (*Columbia livia domestica*) wird als Unterart der Felsentaube angesehen, ist aber im Gegensatz zu ihrer Stammform, welche auf Felsen in ihrem Lebensraum angewiesen ist, infolge eines Domestikations – und anschließendem Dedomestikationsprozesses weltweit in Städten und stadtnahen Gebieten verbreitet. Bedingt durch ein übermäßiges – in den meisten Fällen nicht artgerechtes – Futterangebot werden hohe Populationsdichten in Städten erreicht.

Daraus kann ein starker innerartlicher Konkurrenzdruck um Nistplätze, eine Mangelernährung sowie ein vermehrtes Aufkommen von Krankheitserregern und Parasiten erfolgen.

Das Wildtierservice Wien MA 49 Forst- und Landwirtschaftsbetrieb betreibt am Hauptbahnhof seit November 2022 das überaus erfolgreiche Pilotprojekt. Durch erste Zählungen im März 2022 konnte bereits ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden. Demnach gibt es in Wien aktuell zwischen 50.000 und 60.000 Tauben. Diese Zahl wurde bereits durch weitere Zählungen im Herbst 2022 validiert und wird jährlich überprüft.

Bereits nach kurzer Zeit konnte beobachtet werden, dass sich der Kot, welcher repräsentativ für die Gesundheit der Tauben herangezogen werden kann, deutlich verbessert hat. Zusätzlich wird im Taubenschlag eine Geburtenkontrolle durchgeführt, um dem Zuwachs der Tiere in diesem Bereich zu verlangsamen. Innerhalb des ersten Jahres konnten bereits über 137 Eier ausgetauscht und somit das Schlüpfen dieser Tauben verhindert werden.

Wie auch die verwandten Felsentauben, sind Stadttauben primär Körner- und Samenfresser, die sich hauptsächlich von Getreide- und Leguminosensaaten ernähren, aber je nach Angebot opportunistisch eine Vielzahl von Nahrungsquellen nutzen können. Stadttauben-Populationen verfolgen, je nach lokalem Nahrungsangebot, dabei zwei unterschiedliche Strategien zur Nahrungsversorgung. Entweder fliegen in der Stadt brütende Tauben ins ländliche Umland, wo sie sich auf Äckern von Getreide und anderen Saaten ernähren, oder sie suchen sich innerhalb der Stadt, natürlicherweise auf Grünflächen, ihr Futter. Durch ein übermäßiges Nahrungsangebot, bedingt durch Fütterung in der Stadt, verlernen Tauben jedoch ihr natürliches Verhalten selbst nach hochwertiger Nahrung zu suchen. Stattdessen warten sie, bis ihnen Nahrung mit meist geringem Nährstoffgehalt zugefüttert wird.



Stadtauben tragen einen wesentlichen Beitrag zur Biodiversität der Fauna und Flora - vor allem durch Verschleppung der Körner und Samen - bei. Gerade deshalb ist es wichtig wissenschaftliche Erkenntnisse zu nutzen, um durchdachte Maßnahmen zu ergreifen, die langfristig eine gesunde und tragbare Taubenpopulation in Wien sicherstellen. Dabei sollte nicht nur ausschließlich der Gesundheitszustand der Tauben erfasst werden, sondern auch deren Anzahl und Verteilung in der Stadt, um entsprechend darauf reagieren zu können.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Wolfgang Mitis

Provisorische WC-Anlage bei der U-Bahn-Station Pilgramgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

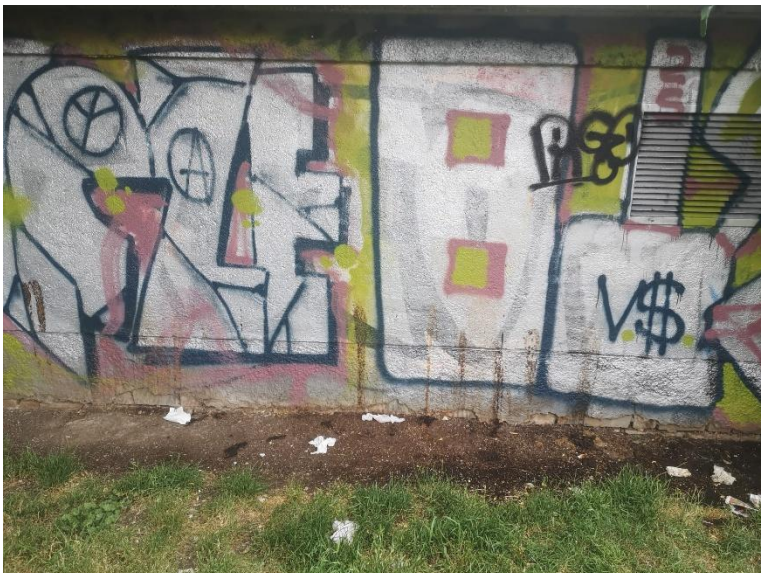
Antrag

Die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima wird ersucht, auf die Wiener Linien dahingehend einzuwirken, sowie die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA 48 – Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark, werden ersucht, dass überprüft wird, ob die Möglichkeit besteht, im Außenbereich der U-Bahnstation Pilgramgasse für die Dauer des Öffi-Ausbaus U2xU5 eine provisorische öffentliche WC Anlage zu errichten und zu betreiben.

Begründung

Im Umfeld der U-Bahnstation Pilgramgasse kommt es aufgrund der langjährigen Bauarbeiten und der hohen Frequenz von Anrainer:innen vermehrt zu Beschwerden über fehlende öffentliche Sanitäranlagen. Die Errichtung einer provisorischen WC-Anlage würde die hygienische Situation verbessern, die Belastung gerade in den kommenden Sommermonaten für die Anrainer:innen deutlich verbessern und damit die Belastung für Anrainer:innen reduzieren. Es wäre auch ein Beitrag zur Verbesserung der Sauberkeit im öffentlichen Raum.

Anhang



Erweiterung und Attraktivierung des Spielplatzes im Zentapark

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen, allen voran die MA 42, werden ersucht, die Erweiterung und Attraktivierung des Spielplatzbereichs im Zentapark zu prüfen und umzusetzen. Dabei sollen insbesondere zusätzliche Spielgeräte, Maßnahmen zur Entsiegelung sowie eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Kinder und Begleitpersonen berücksichtigt werden.

Begründung

Margareten zählt zu den am dichtesten besiedelten Bezirken Wiens. Öffentliche Grün- und Freiräume erfüllen daher eine besonders wichtige Funktion als Orte der Bewegung, Erholung und Begegnung für Kinder, Jugendliche und Familien.

Der Spielplatz im Zentapark wird von zahlreichen Familien genutzt und stellt einen wichtigen wohnortnahen Freizeit- und Bewegungsraum dar. Gleichzeitig zeigt die hohe Nutzung, dass zusätzliche Spielangebote und eine weitere Attraktivierung des Standortes einen deutlichen Mehrwert für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks schaffen könnten.

Im Zuge einer Weiterentwicklung des Spielplatzes sollen daher zusätzliche Spielgeräte geprüft werden. Insbesondere größere und abwechslungsreiche Spielangebote, wie beispielsweise eine **große Röhrenrutsche** oder andere Bewegungs- und Kletterelemente, könnten die Attraktivität des Standortes für Kinder unterschiedlicher Altersgruppen erhöhen.

Darüber hinaus soll geprüft werden, in welchen Bereichen bestehende versiegelte Flächen entsiegelt und durch Grünflächen oder naturnahe Aufenthaltsbereiche ersetzt werden können. Ebenso erscheint eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Begleitpersonen sinnvoll. Zusätzliche Sitzgelegenheiten, Beschattungselemente sowie begrünte Aufenthaltsbereiche würden den Zentapark als familienfreundlichen Treffpunkt weiter stärken.

Durch eine Kombination aus mehr Spielangeboten, Entsiegelungsmaßnahmen und einer Aufwertung der Aufenthaltsbereiche kann der Zentapark noch stärker als attraktiver Bewegungs- und Begegnungsraum für Kinder und Familien genutzt werden.

Anhang



BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender



BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Margareten braucht wieder mehr Herz für Hunde - Errichtung einer zeitgemäßen Hundezone im Ernst Arnold Park

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 42 – Wiener Stadtgärten, werden gebeten, eine Readaptierung der Hundezone im Ernst Arnold Park entlang der Wienzeile stadteinwärts zu beauftragen. Bei der Errichtung dieser zeitgemäßen dringend benötigten Hundezone müssen hinsichtlich der Ausstattung folgende Punkte gewährleistet werden: Beschattung, Sitzgelegenheiten, Trinkmöglichkeiten für Hunde sowie eine adäquate Bodenbeschaffenheit und Einfriedung.

Begründung

Margaretnr Hundezonen sind wichtige Begegnungsorte für Hundebesitzer:innen und tragen wesentlich zu einem guten Zusammenleben im dicht bebautesten Bezirk Europas bei. In mehreren Anlagen zeigt sich jedoch, dass Ausstattung und Gestaltung nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen.

In den zig Gesprächen mit Hundebesitzer:innen wurde sofort festgestellt, dass es für Hundebesitzer:innen in Margareten immer schwieriger wird, ihren Hunden ausreichend Bewegungsmöglichkeiten zu bieten.

Anhang



Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Reinprechtsdorferstraße 40

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

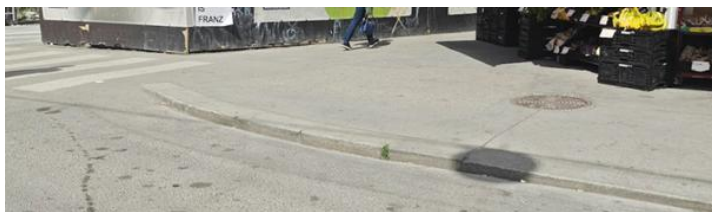
Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an oben genannter Örtlichkeit für Rollstuhlbenutzer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene AnrainerInnen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für BenutzerInnen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



Fotocredit: Salaun

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BR Christian Seidl

Rollstuhlgerechte Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Margaretenstraße 67/ggü 78, Verkehrinsel

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen, allen voran die MA 28 werden um Überprüfung der barrierefreien Querungsmöglichkeiten an oben genannter Örtlichkeit für Rollstuhlbenutzer:innen ersucht, und diese gegebenenfalls niveaugleich sowie fugenlos herzustellen.

Begründung

Betroffene AnrainerInnen berichten, dass sich die Querung der Fahrbahn an der genannten, häufig frequentierten Stelle, insbesondere für BenutzerInnen elektrischer Rollstühle, als äußerst schwierig erweist und oftmals ohne fremde Hilfe nicht zu bewältigen ist.

Anhang



BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA

BR Christian Seidl

Margareten braucht wieder mehr Herz für Hunde - Errichtung einer zeitgemäßen Hundezone im Rudolf Sallinger Park

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, insbesondere die MA 42 – Wiener Stadtgärten, werden gebeten, im Rudolf Sallinger Park den vielfach geäußerten Wunsch nach einer zeitgemäßen Hundezone, zu evaluieren und nach positiver Evaluierung zeitnah zu errichten. Bei der Errichtung dieser zeitgemäßen dringend benötigten Hundezone müssen hinsichtlich der Ausstattung folgende Punkte gewährleistet werden:

- Beschattung,
- Sitzgelegenheiten,
- Trinkmöglichkeiten für Hunde,
- Bodenbeschaffenheit und Einfriedung,
- Agility Geräte und Agility Hindernisse für kleine und große Hunde
- sowie die Errichtung eigener, baulich oder organisatorisch getrennter Hundebereiche für kleine Hunde

Begründung

Margaretnr Hundezonen sind wichtige Begegnungsorte für Hundebesitzer:innen und tragen wesentlich zu einem guten Zusammenleben im dicht bebauteiten Bezirk Europas bei. In mehreren Anlagen zeigt sich jedoch, dass Ausstattung und Gestaltung nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprechen.

In den zig Gesprächen mit Hundebesitzer:innen wurde sofort festgestellt, dass es für Hundebesitzer:innen in Margareten immer schwieriger wird, ihren Hunden ausreichend Bewegungsmöglichkeiten zu bieten.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Sichtbare Unterstützung des Volksbegehrens für mehr Polizist:innen in Wien von der Polizeigewerkschaft

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.6.2026 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich dafür aus, das von der Polizeigewerkschaft unterstützte Volksbegehren für mehr Polizist:innen öffentlich und sichtbar zu unterstützen sowie dessen Anliegen gegenüber der Bevölkerung und den zuständigen Stellen zu befürworten.

Begründung

Der Bezirksvorsteher von Margareten, Michael Luxenberger, hat sich in einem Interview mit der Zeitung Österreich für eine bessere personelle Ausstattung der Polizei und mehr Polizist:innen ausgesprochen. Wenn die Forderung nach mehr Polizeikräften als wichtig für die Sicherheit im Bezirk angesehen wird, sollte dies nicht nur in Interviews zum Ausdruck gebracht werden, sondern auch durch eine sichtbare Unterstützung entsprechender Initiativen.

Das Volksbegehren für mehr Polizist:innen verfolgt das Ziel, die personelle Ausstattung der Exekutive zu verbessern und damit die öffentliche Sicherheit zu stärken. Die Bezirksvorsteherung soll daher ihren bereits öffentlich geäußerten Standpunkt konsequent unterstreichen und das Volksbegehren sichtbar unterstützen. Dadurch wird ein klares Signal gesetzt, dass den Sicherheitsanliegen der Bevölkerung sowie den Herausforderungen der Polizeiarbeit entsprechende Bedeutung beigemessen wird.

BR Mag. Klaus Mayer, MA
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA
Bezirksvorsteher Stellvertreter

Maria-Lassnig-Park als Pilotstandort für moderne Arbeits- und Aufenthaltsräume

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob die Aufstellung von Park-Working-Stations, wie sie bereits erfolgreich im Paula-von-Mirtow-Park (12. Bezirk) umgesetzt wurden, auch in Margareten möglich ist, und diese im Rahmen eines Pilotprojekts im Maria-Lassnig-Park zu realisieren. Dabei soll weiters geprüft werden, ob im Maria-Lassnig-Park ein Ausbau des kostenlosen WLAN-Angebots umgesetzt werden kann, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen sowie die digitale Infrastruktur und digitale Teilhabe im Bezirk nachhaltig zu stärken.

Begründung

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren stark verändert: Laut Statistik Austria arbeiten mittlerweile rund 38 % der Wiener:innen hybrid oder vollständig remote. Gleichzeitig wächst der Wunsch nach Arbeitsorten im Freien, die Konzentration, Bewegung und Gesundheit fördern. Gerade in dicht bebauten Bezirken wie Margareten spielen Parks eine wichtige Rolle als Orte der Erholung, Begegnung, Freizeit sowie zunehmend auch des Lernens, Arbeitens und der digitalen Kommunikation. Dennoch fehlen bislang öffentliche, kostenlose Arbeitsplätze mit Stromversorgung, WLAN und ausreichendem Schattenangebot.

Park-Working-Stations können diese Lücke schließen und innovative Arbeitskultur mit urbaner Lebensqualität verbinden. Die Stationen bestehen aus wetterfesten Sitzmodulen mit WLAN, Steckdosen, USB-Ladeanschlüssen und solarbetriebener Energieversorgung. Sie ermöglichen es, im Grünen zu arbeiten, zu lernen oder zu kommunizieren – ohne Konsumzwang, Lärm oder die Abhängigkeit von Innenräumen. Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum stellt dabei einen wichtigen Bestandteil moderner städtischer Infrastruktur dar und schafft einen niederschweligen Zugang zum Internet für alle Bevölkerungsgruppen. Besonders profitieren Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Menschen, die zu Hause keinen stabilen Internetzugang haben. Öffentlich zugängliches WLAN leistet somit einen wichtigen Beitrag zur digitalen Teilhabe und Chancengleichheit.

Der erfolgreiche Pilot im Paula-von-Mirtow-Park zeigt bereits, dass solche Anlagen praktisch, kostengünstig und energiesparend umgesetzt werden können. Die dortige Kooperation mit Wien Energie sowie der Einsatz modularer, solarbetriebener Systeme bieten auch für Margareten eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Grundlage. Ein Ausbau von Park-Working-Stations und kostenlosem WLAN in Margaretnen Parks würde daher nicht nur die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen, sondern zugleich die digitale Infrastruktur und die Attraktivität des Bezirks nachhaltig stärken.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreich

BRⁱⁿ Lisa Kern

Maria-Lassnig-Park als Pilotstandort für moderne Arbeits- und Aufenthaltsräume

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, zu prüfen, ob die Aufstellung von Park-Working-Stations, wie sie bereits erfolgreich im Paula-von-Mirtow-Park (12. Bezirk) umgesetzt wurden, auch in Margareten möglich ist, und diese im Rahmen eines Pilotprojekts im Maria-Lassnig-Park zu realisieren. Dabei soll weiters geprüft werden, ob im Maria-Lassnig-Park ein Ausbau des kostenlosen WLAN-Angebots umgesetzt werden kann, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu erhöhen sowie die digitale Infrastruktur und digitale Teilhabe im Bezirk nachhaltig zu stärken.

Begründung

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren stark verändert: Laut Statistik Austria arbeiten mittlerweile rund 38 % der Wiener:innen hybrid oder vollständig remote. Gleichzeitig wächst der Wunsch nach Arbeitsorten im Freien, die Konzentration, Bewegung und Gesundheit fördern. Gerade in dicht bebauten Bezirken wie Margareten spielen Parks eine wichtige Rolle als Orte der Erholung, Begegnung, Freizeit sowie zunehmend auch des Lernens, Arbeitens und der digitalen Kommunikation. Dennoch fehlen bislang öffentliche, kostenlose Arbeitsplätze mit Stromversorgung, WLAN und ausreichendem Schattenangebot.

Park-Working-Stations können diese Lücke schließen und innovative Arbeitskultur mit urbaner Lebensqualität verbinden. Die Stationen bestehen aus wetterfesten Sitzmodulen mit WLAN, Steckdosen, USB-Ladeanschlüssen und solarbetriebener Energieversorgung. Sie ermöglichen es, im Grünen zu arbeiten, zu lernen oder zu kommunizieren – ohne Konsumzwang, Lärm oder die Abhängigkeit von Innenräumen. Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum stellt dabei einen wichtigen Bestandteil moderner städtischer Infrastruktur dar und schafft einen niederschweligen Zugang zum Internet für alle Bevölkerungsgruppen. Besonders profitieren Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Menschen, die zu Hause keinen stabilen Internetzugang haben. Öffentlich zugängliches WLAN leistet somit einen wichtigen Beitrag zur digitalen Teilhabe und Chancengleichheit.

Der erfolgreiche Pilot im Paula-von-Mirtow-Park zeigt bereits, dass solche Anlagen praktisch, kostengünstig und energiesparend umgesetzt werden können. Die dortige Kooperation mit Wien Energie sowie der Einsatz modularer, solarbetriebener Systeme bieten auch für Margareten eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Grundlage. Ein Ausbau von Park-Working-Stations und kostenlosem WLAN in Margaretnen Parks würde daher nicht nur die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum erhöhen, sondern zugleich die digitale Infrastruktur und die Attraktivität des Bezirks nachhaltig stärken.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreich

BRⁱⁿ Lisa Kern

Erweiterung der WienMobil-Station Ziegelofengasse/Margaretenstraße um eine Radservicestation

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, auf die Wiener Linien dahingehend einzuwirken, dass die WienMobil-Station Ziegelofengasse/Margaretenstraße (Margaretenstraße 71-73) um eine Radservicestation erweitert wird.

Begründung

Die Erweiterung der WienMobil-Station Ziegelofengasse/Margaretenstraße (Margaretenstraße 71–73) um eine Radservicestation stellt eine sinnvolle Maßnahme zur Förderung des Radverkehrs und der nachhaltigen Mobilität im dicht besiedelten urbanen Raum dar. Gerade im Bereich Margaretenstraße/Ziegelofengasse besteht aufgrund der hohen Frequenz an Radfahrer:innen sowie der guten Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz ein erhöhter Bedarf an niederschweligen Serviceangeboten für den Alltagsradverkehr. Eine Radservicestation ermöglicht kleinere Reparaturen und Wartungsarbeiten direkt vor Ort und trägt damit zur Attraktivierung des Fahrradverkehrs im Bezirk bei. Bei den bestehenden 24h-WienMobil-Radservicestationen findet sich bereits eine breite Palette an Werkzeugen. Die bisherigen Erfahrungen mit den bestehenden Einrichtungen zeigen, dass diese von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden und einen praktischen Mehrwert im Alltag bieten. Darüber hinaus können die integrierten Pumpen nicht nur für Fahrräder, sondern auch zur Befüllung der Reifen von Kinderwägen und Rollstühlen genutzt werden. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Nutzen für unterschiedliche Nutzer:innengruppen und ein inklusives Serviceangebot im öffentlichen Raum. Der vorgeschlagene Standort zählt zu einem stark frequentierten Bereich, in dessen unmittelbarer Umgebung bislang kein vergleichbares Serviceangebot vorhanden ist. Die Errichtung einer Radservicestation würde daher eine bestehende Versorgungslücke schließen und einen weiteren Beitrag zur Förderung klimafreundlicher Mobilität leisten.

BRⁱⁿ Sarah Mayer BR Markus Österreicher BRⁱⁿ Lisa Kern

Machbarkeitsstudie zur Freilegung unterirdischer Wasserläufe in Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, eine Machbarkeitsstudie zur möglichen Freilegung unterirdischer Wasserläufe im Bezirk Margareten durchzuführen.

Dabei wäre die Wiedner Hauptstraße als Pilotprojekt mit einer ersten Machbarkeitsstudie geeignet.

Die Ergebnisse dieser Studie sollen anschließend im Umweltausschuss der Bezirksvertretung Margareten vorgestellt und diskutiert werden.

Begründung

Im Zuge der städtebaulichen Entwicklung Wiens wurden zahlreiche natürliche Wasserläufe im 19. und 20. Jahrhundert verrohrt, kanalisiert oder überbaut. Auch im Bereich Margareten verlaufen mutmaßlich ehemalige Bäche oder Zuflüsse, die heute kaum bekannt sind. Die Freilegung oder partielle Sichtbarmachung solcher Wasserläufe könnte eine ökologische, klimatische und gestalterische Aufwertung des Bezirks bewirken. Sie trägt zur Abkühlung lokaler Hitzeinseln, zur Erhöhung der Biodiversität und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum bei. Gleichzeitig würde sie das Stadtbild ästhetisch bereichern und das historische Bewusstsein für die Wasserlandschaft Wiens stärken. Eine Machbarkeitsstudie für Margareten kann somit die Grundlage schaffen, um künftig gezielt Maßnahmen für eine klimafitte, naturverbundene und lebenswerte Stadtentwicklung zu setzen.

https://www.meinbezirk.at/wien/c-politik/six-feet-under-unterirdische-baeche-in-wien_a5909749

Im Bereich des heutigen Siebenbrunnenviertels, der ehemaligen Vorstadt Nikolsdorf sowie entlang der Wiedner Hauptstraße bestehen historisch belegte Zusammenhänge zwischen Quellen, oberirdischen Gerinnen, späteren Bach- bzw. Sammelkanälen und der städtischen Kanalisation. Insbesondere die Siebenbrunnenquellen bildeten ursprünglich einen dem Wienfluss zufließenden Bach; zugleich ist für die Wiedner Hauptstraße ein eigener Sammelkanal dokumentiert. Eine genaue historische und technische Prüfung soll klären, welche ehemaligen Wasserläufe oder Bachkanäle im Bereich des 5. Bezirks heute unterirdisch geführt werden und ob eine Sichtbarmachung, gestalterische Nachzeichnung oder teilweise ökologische Reaktivierung möglich ist.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Maßnahmen gegen Verdrängungseffekte der Schutzzone Fritz-Imhoff-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, darzulegen, welche konkreten Maßnahmen vorgesehen sind, um möglichen Verdrängungseffekten infolge der Schutzzone rund um den Bereich des Fritz-Imhoff-Parks entgegenzuwirken. Insbesondere sollen für das Umfeld der U4-Station Margaretengürtel bis zur Station Kliebergasse entlang des Gürtels sowie für den Park am Hundsturm, den Heinz-Jerabek-Platz, den Einsiedlerpark und den Leopold-Rister-Park mögliche Auswirkungen beobachtet und geeignete Gegenmaßnahmen entwickelt werden.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte geprüft und der Bezirksvertretung berichtet werden:

- ob bereits Verlagerungstendenzen von Drogenhandel, öffentlichem Suchtmittelkonsum oder anderen Nutzungskonflikten in den 5. Bezirk festgestellt wurden,
- welche Monitoring- und Evaluierungsmaßnahmen seit Einrichtung der Schutzzone gesetzt wurden bzw. vorgesehen sind,
- welche präventiven Maßnahmen in den genannten Bereichen ergriffen werden können, um einer Verlagerung problematischer Entwicklungen entgegenzuwirken,
- wie die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Suchthilfe Wien, Streetwork-Einrichtungen, Wiener Linien, den zuständigen Magistratsabteilungen und dem Bezirk gestaltet wird,
- welche zusätzlichen Angebote der Sozial- und Suchthilfe vorgesehen sind, um betroffene Personen zu unterstützen und nachhaltige Lösungen zu ermöglichen.

Ein Roundtable mit Fachexpert:innen soll einberufen werden.

Begründung

Die Einrichtung einer Schutzzone rund um den Fritz-Imhoff-Park verfolgt das nachvollziehbare Ziel, die Sicherheit und Aufenthaltsqualität für Anrainerinnen und Anrainer sowie Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raums zu verbessern. Gleichzeitig besteht jedoch die Gefahr, dass bestehende Problemlagen nicht gelöst, sondern lediglich räumlich verlagert werden. Erfahrungen aus anderen Städten sowie Diskussionen rund um vergleichbare Maßnahmen zeigen, dass Verdrängungseffekte regelmäßig zu den zentralen Herausforderungen solcher Eingriffe zählen. Personen und

Gruppen, die sich bislang in den betroffenen Bereichen aufgehalten haben, weichen oftmals auf nahegelegene öffentliche Räume aus. Dadurch können Problemlagen an anderen Orten neu entstehen oder verstärkt werden. Aufgrund der räumlichen Nähe zum Bereich rund um den Fritz-Imhoff-Park und den guten Verkehrsanbindungen ist nicht auszuschließen, dass insbesondere Bereiche entlang des Margaretengürtels sowie stark frequentierte Parkanlagen in Margareten von solchen Verlagerungen betroffen sein könnten. Eine bloße Verschiebung der Situation in benachbarte Grätzl würde weder den betroffenen Menschen noch den Anrainerinnen und Anrainern langfristig helfen. Es ist daher notwendig, mögliche Entwicklungen frühzeitig zu beobachten und gemeinsam mit Sicherheits-, Sozial- und Suchthilfeeinrichtungen geeignete Maßnahmen zu setzen. Ziel muss es sein, die Aufenthaltsqualität und das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu verbessern, ohne bestehende Herausforderungen lediglich von einem Stadtteil in einen anderen zu verlagern.

BRⁱⁿ Sarah Mayer

BR Markus Österreicher

BRⁱⁿ Lisa Kern

Tag der Offenen Tür im Amtshaus

Die unterzeichnenden Bezirksrät:nnen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der Bezirksvorsteher Michael Luxenberger wird ersucht im Herbst 2026 zwei Tage der offenen Tür im Amtshaus Margareten zu veranstalten. Ein Tag soll ausdrücklich den Schüler:innen in Margareten zur Verfügung stehen, ein zweiter Tag der Bevölkerung allgemein.

Diese Tage der offenen Tür sollen genutzt werden, um die Arbeit der Bezirksvertretung und der Bezirksvorstehung transparent zu machen, die Mitarbeiter:innen und ihre Aufgaben kennen zu lernen und kommende Projekte vorzustellen.

Im Rahmen der Veranstaltungen sollen auch alle in die Bezirksvertretung gewählten Parteien ihre Arbeit und Vorstellungen – zum Beispiel an Infotischen – präsentieren können.

Begründung

Um den Menschen in Margareten – und besonders den Schüler:innen – einen Einblick und Zugang zur Arbeit der Bezirksvorstehung und der Bezirksvertretung als erster Ebene der demokratischen Gestaltung unserer Stadt zu ermöglichen, werden an zwei Tagen der offenen Tür die Margaretnr:innen eingeladen die Räume anzuschauen, die Abläufe und Aufgaben der Mitarbeiter:innen und des Bezirksvorstehers kennen zu lernen und mit Bezirksrät:innen der verschiedenen Fraktionen zu sprechen.

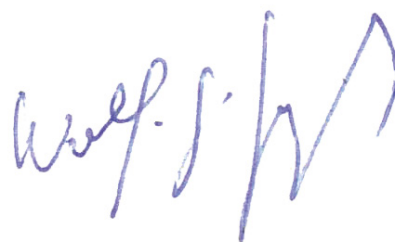
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans



+SPÖ+NEOS+GRÜNE

Universitäten nicht kaputt sparen!

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten vom 16.06.2026 spricht sich gegen die angekündigten Milliarden- Kürzungen an den österreichischen Universitäten aus, solidarisiert sich mit den Protesten zehntausender Betroffener und teilt die Sorgen der Österreichischen Hochschüler:innenschaft.

Begründung

An unseren Universitäten werden Menschen ausgebildet, die wir dringend brauchen. Schon jetzt herrscht ein Ärzt:innenmangel und tausende Lehrer:innen fehlen. Doch anstatt für ausreichend Pädagog:innen oder Chirurg:innen zu sorgen, streicht die Bundesregierung den Universitäten die Mittel.

Es droht Chaos an den Hochschulen. Forscher:innen, die ihre Jobs verlieren, überfüllte Hörsäle und abgebrochene Studien. Weniger Absolvent:innen heute sind die fehlenden Fachkräfte von morgen

Die angedrohten Maßnahmen sind keine Finanz- sondern eine soziale Frage!

Auch viele in Margareten lebende Studierende sind durch noch längere Wartezeiten bei Lehrveranstaltungen oder verzögerte Studienabschlüsse betroffen.

Die angekündigten Milliarden-Kürzungen können zu schweren Schäden für Wissenschaft und Wirtschaft führen. Weniger Geld könnte zu Stellenabbau, einem verminderten Studienangebot und eingeschränkter Forschung führen. Gleichzeitig warnen Experten davor, dass hochqualifizierte Fachkräfte und junge Talente Österreich verlassen könnten.

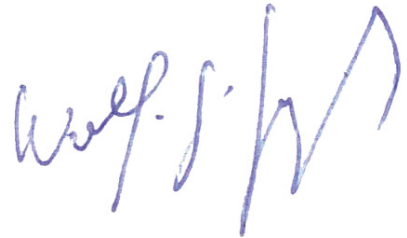
Für KPÖ & LINKS Margareten

A stylized handwritten signature in blue ink, featuring a large loop at the beginning and a long, sweeping tail.

Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

A handwritten signature in blue ink, consisting of a series of connected loops and a long, horizontal tail.

BR Camilla Gerstner

A handwritten signature in blue ink, featuring a series of sharp, angular strokes and a long, sweeping tail.

BR DI Wolf-Goetz Jurjans

**LÄNGERE GRÜNPASE FÜR FUßGÄNGER:INNEN AM MATZLEINSDORFER PLATZ
ECKE MARGARETENGÜRTEL**

Die unterzeichnenden Bezirksrät:nnen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, eine deutlich längere Grünphase für Fußgänger:innen am Matzleinsdorferplatz zur Querung über den Margaretengürtel (Auf Höhe Margaretengürtel 58) einzurichten.

BEGRÜNDUNG

Der Matzleinsdorfer Platz ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt der Margareten und Favoriten verbindet. Allerdings ist der Platz im Ganzen fast ausschließlich für den Autoverkehr gestaltet und für alle anderen Verkehrsteilnehmer:innen an vielen Stellen absolut untauglich und voller Barrieren. Fußgänger:innen sind ohnehin dazu gezwungen, einen großen Umweg auf sich zu nehmen, um den Platz zu kreuzen, die Ampelschaltungen über den Margaretengürtel ist dazu extrem ungünstig. Gerade im Hochsommer stehen Fußgänger:innen und Radfahrer:innen oft extrem lange auf der sehr engen, schmalen Betoninseln am Margaretengürtel in der Sonne. Eine Straßenquerung ist auf Grund der ungünstigen Ampelschaltung hier nicht in einem Zug möglich.

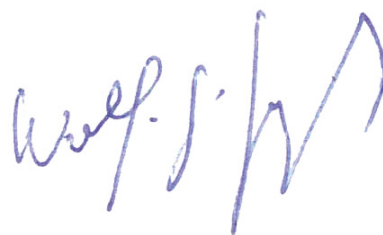
Für KPÖ & LINKS Margareten



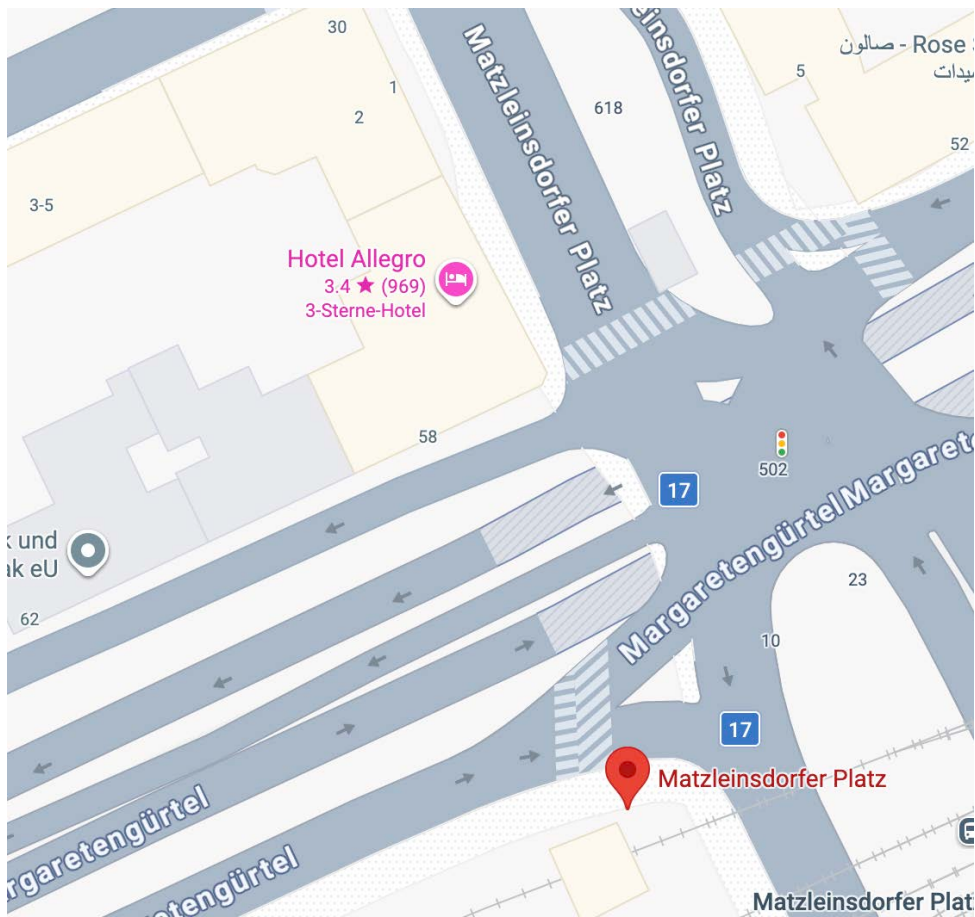
Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans





Den Walk of Fem Margareten erweitern

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Der Bezirksvorsteher Michael Luxenberger und die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht eine Erweiterung des Walk of Fem im Margarete Schütte Lihotzky Park zu veranlassen und zwar um Sterne für folgende ~~drei~~ *sieben* Frauen:

Hermine Schwarzer-Zaynard, geb. Schwarzer am 26.05.2013. War als 13-Jährige bereits bei den Roten Falken aktiv, trat nach dem Feber 1934 der KPÖ bei und organisierte eine KJV Gruppe in Margareten. Sie wurde wegen ihrer antifaschistischen Arbeit im April 1942 verhaftet und am 19. November 1943 im Wiener Landesgericht geköpft.

Auguste Bailly wurde als Auguste Krammel in Wien geboren. Sie war zunächst in der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend aktiv und wechselte 1931 zum Kommunistischen Jugendverband. Trotz Verbot arbeitete Bailly im Austrofaschismus von 1934 bis 1938 für die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ). Kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme Österreichs 1938 flüchtete sie nach Belgien, wo sie unter anderem mit Lotte Brainin, Hertha Fuchs-Ligeti, Anna Hand und Hedy Urach ihre Widerstandsaktivitäten fortsetzte. Dort heiratete sie den belgischen Kommunisten, Widerstandskämpfer und Magazineur Albert Viktor Paul Ghislain Bailly und erhielt dadurch die belgische Staatsbürgerschaft.

Nachdem im Mai 1940 Truppen der Deutschen Wehrmacht Belgien besetzt hatten, entschied Auguste Bailly wieder nach Österreich zurückzukehren. Am 10. Oktober 1941 wurde Auguste Bailly verhaftet da aber keine Zeug:innen gegen sie aussagten, zwar vom Hochverrat freigesprochen, aber im Rahmen einer "Schutzhaft" in das Zuchthaus Aichach bei München verlegt. Margarete Schütte-Lihotzky, eine Mitgefangene Baillys, berichtete, dass sie bis Kriegsende 1945 dort in Haft blieb.

Adelheid Popp kam als Adelheid Dwořak in Inzersdorf bei Wien zur Welt. Sie stammte aus schwierigsten sozialen Verhältnissen und musste schon mit zehn Jahren die Schule verlassen, um als Dienstmädchen und später als Heim- und Fabrikarbeiterin zum Familienunterhalt beizutragen. Durch einen Kollegen ihres Bruders kam sie früh mit sozialdemokratischen Ideen in Berührung und begann mit aktiver Propaganda. Bereits mit 17 Jahren hielt sie eine leidenschaftliche Rede über die unerträgliche Situation von Arbeiterinnen. Führende Sozialisten wie Friedrich Engels, August Bebel, Jakob Reumann und Viktor Adler, dessen Frau Emma ihr Sprach- und

Rechtschreibunterricht gab, wurden auf die begabte Agitatorin aufmerksam. Später war Adelheid Popp eine der führenden Politikerinnen in der Ersten Republik. Von 1919 bis 1920 fungierte sie als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien, von 1920 bis 1923 als Abgeordnete zum Wiener Landtag und Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien. Zudem gehörte sie der Konstituierenden Nationalversammlung an und war von 1920 bis 1934 Abgeordnete zum Nationalrat.

Adelheid Popp, welche bereits am Parteitag 1896 eine Form der Quotenregelung forderte und sich maßgeblich für das aktive und passive Frauenwahlrecht einsetzte, zählte somit zu den ersten weiblichen Abgeordneten Österreichs. Auch als Parlamentsabgeordnete widmete sie sich vor allem Frauenthemen wie der Reform des Eherechts, forderte gleiche Löhne für Männer und Frauen und drängte auf eine Novellierung des Hausgehilfengesetzes sowie die Straffreistellung des Schwangerschaftsabbruchs. (Quelle: Verlag / vlb)

Sie lebte von 1933 bis zu ihrem Tod 1939 im Haus in der Wiedner Hauptstraße 106-108, in dem heute das Theater Scala untergebracht ist.

Barbara Reumüller, Christine Busta, Friedericke Mayröcker, Teresa Feodorowna Ries.

Begründung

Antifaschismus ist und bleibt eine wichtige politische Orientierung, die von sehr vielen Menschen in Margareten geteilt wird. Die großartigen Frauen von Margareten, die gegen die Nazi-Diktatur gekämpft haben und dabei ihr Leben riskierten oder verloren erfahren – neben anderen bemerkenswerten Frauen aus Margareten – eine Würdigung in Form der Sterne des Walk of Fem, die ihnen gebührt.

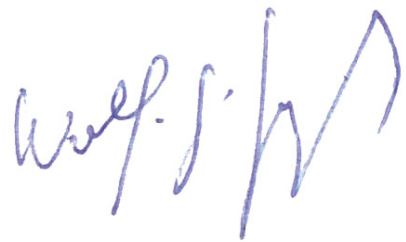
Für KPÖ & LINKS Margareten



Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau



BR Camilla Gerstner



BR DI Wolf-Goetz Jurjans



SICHERE STRAßENQUERUNG FÜR FUßGÄNGER*INNEN AM MATZLEINSDORFER PLATZ ECKE MARGARETENGÜRTEL

Die unterzeichnenden Bezirksrät:nnen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 16.06.2026 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

ANTRAG

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, eine sichere Überquerungsmöglichkeit für Fußgänger:innen parallel zur Schnellbahntrasse vor der Unterführung Matzleinsdorferplatz einzurichten, um ein gefahrloses Erreichen und Verlassen der Bushaltestelle des 14 A zu ermöglichen.

BEGRÜNDUNG

Der Matzleinsdorfer Platz ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, der Margareten und Favoriten verbindet. Allerdings ist der Platz im Ganzen fast ausschließlich für den Autoverkehr gestaltet und für alle anderen Verkehrsteilnehmer:innen an vielen Stellen absolut untauglich und voller Barrieren. Fußgänger:innen sind ohnehin dazu gezwungen, einen großen Umweg auf sich zu nehmen, um den Platz zu kreuzen, die Ampelschaltungen über den Margaretengürtel ist dazu extrem ungünstig.

Fußgänger:innen brauchen eine Möglichkeit - wenn auch bis zur Beendigung der Baustelle nur provisorisch – die Fahrbahnen zu überqueren und für die Autofahrer:innen gut sichtbar zu sein.

Für KPÖ & LINKS Margareten

A stylized blue ink signature.

Claudia Krieglsteiner
Klubobfrau

A blue ink signature.

BR Camilla Gerstner

A blue ink signature.

BR DI Wolf-Goetz Jurjans



Leerstandsanalyse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, eine umfassende Analyse des Leerstands von Geschäftslokalen, gastronomischen Betrieben und sonstigen Erdgeschoßlokalitäten entlang der Wiedner Hauptstraße im 5. Bezirk durchzuführen. Diese Analyse soll insbesondere folgende Punkte enthalten:

- Erhebung des aktuellen Leerstands (quantitativ und räumlich)
- Kategorisierung der betroffenen Lokale (Gastronomie, Handel, Dienstleistungen, sonstige Nutzung)

Die Ergebnisse sind der Bezirksvertretung in geeigneter Form vorzulegen.

Begründung

Ein hoher Leerstand in Erdgeschoßlokalitäten stellt für ein innerstädtisches Grätzl wie die Wiedner Hauptstraße ein **erhebliches wirtschaftliches Risiko** dar. Erdgeschoßzonen sind zentrale Träger lokaler Wertschöpfung, Frequenz und sozialer Interaktion. Wenn diese Strukturen ausdünnen, entstehen mehrere negative Effekte:

- **Rückgang der wirtschaftlichen Attraktivität:** Leerstehende Lokale senken die Passantenfrequenz, was wiederum bestehende Betriebe schwächt. Ein Teufelskreis entsteht: weniger Kundschaft → weniger Umsatz → mehr Schließungen.
- **Wertverlust für Immobilien und Gewerbeflächen:** Längerer Leerstand führt nachweislich zu sinkenden Miet- und Immobilienwerten. Dies betrifft sowohl private Eigentümer als auch die öffentliche Hand indirekt über geringere Steuereinnahmen.
- **Schwächung des lokalen Arbeitsmarkts:** Gastronomie, Handel und Dienstleistungen sind arbeitsintensive Branchen. Jeder Leerstand bedeutet entgangene Beschäftigungsmöglichkeiten im Bezirk.
- **Verlust wirtschaftlicher Vielfalt:** Ein lebendiges Grätzl lebt von einem ausgewogenen Branchenmix. Hoher Leerstand führt zu Monostrukturen oder „toten Zonen“, die wiederum Investitionen unattraktiv machen.
- **Negative Signalwirkung für Investorinnen und Investoren:** Ein sichtbarer Leerstand entlang einer Hauptstraße wirkt wie ein Indikator für wirtschaftliche Stagnation. Das hemmt Neugründungen und verhindert, dass innovative Konzepte Fuß fassen.

Gerade die Wiedner Hauptstraße ist eine der wichtigsten Geschäfts- und Begegnungsachsen des Bezirks. Um ihre wirtschaftliche Vitalität langfristig zu sichern, braucht es eine **fundierte Datengrundlage**, auf deren Basis zielgerichtete Maßnahmen entwickelt werden können. Eine systematische Leerstandsanalyse ist dafür der notwendige erste Schritt.

Für den Klub

Verkehrsüberwachung Gassergasse

Die unterzeichneten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß §24 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht in Kooperation mit den Sicherheitsorganen sicherzustellen, dass die Wohnstraße Gassergasse ab Kreuzung Kliebergasse nicht als Ausweichroute zur Umfahrung der Baustellen als Durchfahrtsstraße genutzt wird.

Begründung

Aktuell wird die Wohnstraße Gassergasse von der Kreuzung Kliebergasse stark als Durchzugsstraße zur Umfahrung der Baustellen des Bezirks verwendet. Dabei fahren nicht nur PKW in raschem Tempo durch die Wohnstraße sondern sogar Busse und LKW. Weiters wird öfters die Regelungen hinsichtlich Nachrang bei Ausfahrt aus der Wohnstraße misachtet.

Eine Schwerpunktaktion mit Kontrolle sowohl des Tempos, als auch der sonstigen Regeln §76b STVO könnte zumindest zur Zeit der Baustelle die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer stark erhöhen.

Für den Klub

KO BzR Alexander Maly

BzR Maria Böhm

Verkehrinsel Wiedner Hauptstraße vis a vis SVS

Der unterzeichnete Bezirksrat der ÖVP stellt zur Bezirksvertretung am 16.06.2026 gemäß §24 GO-BV folgenden

Initiativantrag:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, auf der Verkehrinsel Wiedner Hauptstraße vis a vis der SVS das **Bei(Un)kraut zu entfernen** sowie die **Bänke** mit einer graffitiresistenten **Farbe neu zu streichen**.

Begründung

Der neu gestaltete Abschnitt der Wiedner Hauptstraße wird (hoffentlich) bald fertig gestellt sein und quasi in neuem Glanz erstrahlen.

Einen absoluten Kontrast dazu bildet das Erscheinungsbild besagter Verkehrinsel, sie als „Schandfleck“ zu bezeichnen, wäre noch untertrieben!



Eine umfassende Neugestaltung ist dort, wie wir wissen, aufgrund der bautechnischen Voraussetzungen leider nicht möglich. Die beantragten Maßnahmen tragen mit Sicherheit dazu bei, das optische Erscheinungsbild **deutlich zu verbessern** und sind darüberhinaus, da wenig aufwändig, **rasch und kostengünstig** umzusetzen. Eine Umsetzung zeitnahe zur Eröffnung des neugestalteten Straßenabschnitts wäre wünschenswert!

Für den Klub
KO BzR Alexander Maly

	Unterzeichner	Alexander Maly
	Datum/Zeit-UTC	2026-06-08T18:06:09+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at
Hinweis	Dieses mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehene Dokument ist gemäß EU Verordnung Nr. 910/2014 (eIDAS) einem handschriftlich unterzeichneten Dokument grundsätzlich rechtlich gleichgestellt.	

Die Wiener Volkspartei

Margareten

